

Themen in dieser Ausgabe:

- Mindestlöhne ...!
- Rösler ...!
- Hartz IV ...!
- prekären Verhältnisse!
- Sozialdumping ...!
- soziale Gerechtigkeit !
- 30-Stunden-Woche ...!
- Menschenrecht auf Wasser ...!
- Montagsdemo aktuell !

IN DIESER AUSGABE:

Mindestlöhne: Deutschland - ein grauer Fleck auf der Landkarte	2
Verdummung kann man auch nicht verbieten	2
Immer mehr Arbeitslose beziehen ergänzend Hartz IV Ursache sind niedrige Löhne	2
Jedes fünfte Kind wächst unter prekären Verhältnissen auf	2
Deutsche betreiben Sozialdumping	2
Pro & Contra: Soll die 30-Stunden-Woche eingeführt werden?	3
Bekennnis zu Menschenrecht auf Wasser überfällig!	3
Unmut über soziale Ungerechtigkeit wächst	3
Rheinfelder Montagsdemo 2012	4

Geschönte Arbeitsmarktdaten

Laut amtlicher Statistik waren im Februar 3,156 Millionen Menschen arbeitslos...



Seit Beginn der 90er Jahre hat die Politik immer wieder Bereinigungsinstrumente eingeführt und bestimmte Gruppen so aus der Statistik verbannt. Arbeitslose, die älter als 58 Jahre oder kurzfristig erkrankt sind, die einen Ein-Euro-Job erledigen müssen oder sich in einer Weiterbildungsmaßnahme befinden, werden nicht mehr mitgezählt. Seit 2009 werden auch jene

nicht mehr offiziell erfasst, deren Arbeitslosigkeit von privaten Jobvermittlern verwaltet wird. Zusammengefasst beläuft sich die Gruppe der Aussortierten oder Unterbeschäftigten, wie es bei der Behörde heißt, auf derzeit 811.166 Personen. Dennoch werden die aktuell gemessenen Zahlen gern mit der Zeit von vor 20 Jahren verglichen. Würde man ehrlich zählen, käme eine Arbeitslosenzahl von 3.967.408 heraus. Hinzu kommen 567.000 Menschen ohne Job, die von sich aus auf den Gang zum Arbeitsamt und auf ihren Leistungsanspruch verzichten. Hier spricht die Behörde von einer stillen Reserve, die allenfalls am Rande Erwähnung findet. Damit ist klar, dass Arbeitslosig-

keit nicht reduziert worden ist. Stattdessen hat neben der Statistiktrickserei eine Verschiebung innerhalb der Beschäftigungsarten stattgefunden. Es gibt heute weniger Vollzeitstellen als vor 20 Jahren, dafür mehr prekäre Beschäftigung im Teilzeit- und Minijobbereich. Das ist eine Entwicklung, die kaum als robust im Sinne von nachhaltig bezeichnet werden kann.

Quelle: Tautenhahn Blog



Es sind die Reichen, Dummerchen!

Nach Ausbruch der Finanzkrise forderten nicht nur die üblichen Finanzkapitalismuskritiker von Attac ein Ende des Laissez-faire auf den Finanzmärkten. Nie wieder dürfe ein Staat von einer Bank erpresst werden können, sagte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel. Auf den Finanzmärkten sollten kein Ort und kein Akteur ohne Regulierung bleiben. Die Staats- und Regierungschefs der G20, der großen Industrie- und Schwellenländer, kündigten 2009 auf ihrem Gipfel in London eine ganze Reihe sinnvoller und zum Teil geradezu radikaler Reformen an. Dazu gehörte unter anderem das Austrocknen der Steueroasen, die Schaffung eines grenzüberschreitenden Finanzaufsichtssystems, die Änderung der Vergütungsregeln für Manager und nicht zuletzt auch eine Beteiligung der Banken an den Krisenkosten. Die reichsten zehn Prozent der Deutschen verfügen verschiede-

nen Quellen zufolge über 53 bis 66 Prozent des gesamten Vermögens. Und weil Investitionen in der Realwirtschaft nur realistische – also vergleichsweise bescheidene – Renditen bringen, legen die Superreichen ihr Geld lieber auf den Finanzmärkten an, wo es sich mehr und sie noch reicher



macht. Mehr als 200 Billionen US-Dollar, das Dreifache des Weltsozialprodukts, kursieren dort. Die erzielten Profite bereichern auch die Finanzfirmen immer weiter. Mit dem Geld finanzieren sie Lobbys, die sämtliche Regulierungsbemühungen verhindern oder zu-

mindest windelweich kochen. Die Entwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte kann man also vereinfacht so darstellen: Deregulierung führt zu Spekulation führt zu Reichtums Konzentration. Und diese führt wiederum dazu, dass eine strengere Regulierung verhindert wird. Wer die Krisenanfälligkeit des Systems wirklich bekämpfen will, braucht also nicht auf ein paar neue Finanzgesetze zu hoffen. Was es braucht, ist ein Ende der Umverteilung von unten nach oben. Eine Vermögenssteuer wäre ein erster Schritt dahin.

Quelle: taz



Mindestlöhne: Deutschland – ein grauer Fleck auf der Landkarte



Ein Luxemburger hat im Januar 2013 per Gesetz 1.874 Euro verdient, nach Kaufkraftparitäten gerechnet immer noch 1.523 Euro. Und auch im Mutterland des Kapitalismus, England, verdiente man per Gesetz nicht weniger als 1.264 (1.153) Euro. Und selbst der US-Bürger hat Anspruch auf 998 (1024) Euro im Monat. Davon träumen hierzulande viele, die nach Tarif bezahlt werden. Und was fordern der DGB

und erst vor wenigen Tagen im Bundesrat SPD, Grüne und Linke? Einen Mindestlohn von 8,50 Euro. Das wären bei einer 40 Stunden Woche 1.360 Euro. Legt man die in Frankreich zugrunde gelegte 35 Stunden-Woche auch für Deutschland an, würde dies einem monatlichen Mindestlohn von 1.190 Euro entsprechen; in Frankreich verdient man schon jetzt 1.430 Euro, nach Kaufkraftparitäten 1.298 Euro (zur näheren Erläute-

rung vergleiche hier: Minimum wage statistics). Für Deutschland hat wiederum die Europäische Kommission erst im Dezember einen Niedriglohnschwellenwert von 10,20 festgelegt. Armes Deutschland. Wann wirst auch Du den Mindestlohn entdecken, der die in Dir lebenden Menschen von Verzicht, Armut und Existenzangst befreit?

Quelle: **Wirtschaft und Gesellschaft**

Verdummung kann man auch nicht verbieten



Rösler liegt richtig. Dummheit kann man nicht verbieten. So ähnlich steht es schon in der Präambel des FDP-Gründungspapiers. Und dieses Motto ist elitäres Lebensgefühl...

Problem ist nur, dass die NPD, die Rösler hier als parteiliche Dummheit bezeichnet hat, gar

nicht dumm im Sinne von ahnungslos ist. Sie hat ganz genaue Ahnung von dem, was sie da verbreitet und als Lösungsvorschläge anbietet; sie weiß ganz genau, dass sie mit ihren Radikalismus eine Klientel bedient, die ihr wiederum staatliche Gelder zur Parteienfinanzierung einbringt, wenn

sie sie wählt. Das ist nicht dumm – das ist raffiniert und durchtrieben und das ist ein gewaltiger Unterschied... Die NPD mit Dummheit zu entschuldigen trägt zur Verdummung bei. Und diese Verdummung kann man leider auch nicht verbieten.

Quelle: **ad sinistram**



Immer mehr Arbeitslose beziehen ergänzend Hartz IV

Ursache sind niedrige Löhne
Immer mehr Arbeitslose erhalten wegen ihres vormals geringen Lohns so wenig Arbeitslosengeld, dass sie zusätzlich auf Hartz IV angewiesen sind. Nach einem Bericht der „Saarbrücker Zeitung“

(Montag-Ausgabe) gab es im Oktober des Vorjahres bundesweit 83.118 Parallelbezieher von Arbeitslosengeld I und Hartz IV. Das war etwa jeder zehnte Arbeitslosengeld-Empfänger. Ein Jahr zuvor, im Oktober 2011, waren 73.178 Menschen sowohl auf Arbeits-

losengeld als auch auf Hartz IV angewiesen. Im Jahresvergleich ist ihre Zahl damit um fast 14 Prozent gestiegen. Das Blatt beruft sich auf aktuelle Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA).
Quelle: **Saarbrücker Zeitung**

Jedes fünfte Kind wächst unter prekären Verhältnissen auf



Der 14. Kinder- und Jugendbericht zeigt, dass die Spaltung der Gesellschaft nicht kleiner wird. Erstmals seit 2001 gibt es wieder einen umfassenden Gesamtbericht über die Lage der Kinder und Jugendlichen in Deutschland, erarbeitet von einer

unabhängigen Sachverständigenkommission im Auftrag des Bundesfamilienministeriums. Bereits Ende Januar hat das Bundeskabinett den Bericht beschlossen und befunden und erklärt, dass dieser die Kinder- und Jugendpolitik der Bundesregierung be-

stätige. Doch wer sich den rund 500 Seiten langen Bericht genau ansieht, wird feststellen, dass es um die Situation vieler junger Menschen in Deutschland alles andere als gut bestellt ist.

Quelle: **Telepolis**

„Deutsche betreiben Sozialdumping“



Die belgische Regierung will Deutschland vor der Europäischen Kommission wegen Sozialdumpings anklagen. Die deutsche Bundesregierung lasse es zu, dass insbesondere osteuropäische Arbeiter in Niedriglohnssektoren ausgebeutet würden, kritisieren Arbeitsministerin Monica de Coninck und Wirtschaftsminister Johan Vande Lanotte. Weil es keinen allgemeinen Mindestlohn gebe, könnten deutsche Schlachthöfe, Gartenbau-

betriebe oder Sägemühlen ihre Dienste so günstig anbieten, dass ihre belgischen Wettbewerber nicht mehr mithalten könnten. Dieser unlautere Wettbewerb führe zur Verlagerung von Betrieben aus Belgien nach Deutschland. „Wir suchen keine Konfrontation“, sagte De Coninck. Aber die unwürdigen Praktiken müssten aufhören. Die Europäische Kommission schloss sich dem Vorwurf des Lohndumpings am Dienstag an.

Die Kommission habe schon im vergangenen Jahr in ihren länderspezifischen Empfehlungen für die Mitgliedstaaten kritisiert, dass die deutschen Löhne zu wenig, nämlich geringer als die Produktivität, gestiegen seien, sagte der Sprecher von EU-Sozialkommissar Laszlo Andor in Brüssel. Deutschland müsse sicherstellen, dass sich das ändere.

Quelle: **FAZ**

Pro & Contra: Soll die 30-Stunden-Woche eingeführt werden?

Im Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und Billigjobs sollte die 30-Stunden-Woche eingeführt werden – bei vollem Lohnausgleich. Das sagt Rudolf Hickel. In Deutschland sollte die 30-Stunden-Woche eingeführt werden. Die heftigen, zum Teil diffamierenden Reaktionen auf unseren Vorschlag waren zu erwarten. Offensichtlich sind mit dem Aufruf einige mühsam zusammengehaltene Tabus des vorherrschenden politisch-ökonomischen Denkens

über die Arbeitsmärkte aufgebrochen worden. So wird derzeit das "deutsche Beschäftigungswunder" gepriesen. Da stört ein Vorschlag zur Vollbeschäftigung auf der Basis guter Arbeit. Jedoch, die Wirklichkeit zeigt ein anderes Bild: Von der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit sind über vier Millionen Menschen betroffen, die existenziell auf Arbeit angewiesen sind. Hinzu kommen über sieben Millionen, die in Niedriglohnverhältnissen arbeiten. Gemessen an dem Wunsch nach ausreichend bezahlter, guter Arbeit nimmt die Zahl derjenigen zu, die zur

Übernahme von tariflich nicht geschützten Billigjobs gezwungen werden. Im Klima gespaltenen Arbeitsmärkte dominiert das Lohndumping. Wer die Legende vom "Beschäftigungswunder" angreift, muss mit der Verunglimpfung seiner Idee als Griff in die "marxistische Mottenkiste" rechnen. Schließlich legt er mit seiner Forderung die negativen Folgen der Agenda 2010 offen, vor allem die Deregulierung der Leiharbeit und den Zwang in Hartz IV, schlechte Jobs annehmen zu müssen.

Quelle: Badische Zeitung



Bekanntnis zu Menschenrecht auf Wasser überfällig!

Zum Weltwassertag der Vereinten Nationen am 22. März fordert Attac ein deutliches Bekenntnis der Abgeordneten auf Bundes- und EU-Ebene zum Menschenrecht auf Wasser. Wir appellieren an alle Abgeordneten des Bundestages, endlich ein klares Zeichen für Wasser in öffentlicher Hand zu setzen und den Plänen der EU-Kommission eine deutliche Absage zu erteilen! Der geplanten Richtlinie zufolge würden nur Kommunen von der Ausschreibungspflicht ausgenommen, deren Wasserversorgung noch komplett in öffentlicher Hand liegt. Damit wäre eine Umkehr ausgeschlossen, sobald der Irrweg der Wasserprivatisierung

einmal beschritten wurde. Dabei hat gerade die EU-Kommission die Kommunen in der Vergangenheit dazu aufgefordert, Private an der Wasserversorgung zu beteiligen. Viele Städte und Gemeinden folgten, weil sie verschuldet und chronisch unterfinanziert sind. Mittlerweile aber hat eine Reihe deutscher Kommunen damit begonnen, die Wasserversorgung wieder in öffentliche Hand zu überführen. Die Stadt Wuppertal beispielsweise entschied kürzlich, die Wasserversorgung ab Mai wieder in öffentlicher Hand zu betreiben. Dieser Trend muss fortgesetzt werden! Daseinsvorsorge darf nicht Profitinteressen unterwor-

fen werden, sondern muss dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger dienen und unter demokratischer Kontrolle stehen. Ein Skandal ist auch, dass Länder, die unter den so genannten EU-Rettungsschirm ESM kommen, ihre Wasserversorgung privatisieren müssen. Ähnlich erpresst werden andere Länder im Fall von EU- und bilateralen Freihandelsabkommen: Die EU ebenso wie die Bundesregierung forderten nach wie vor die Privatisierung der Wasserversorgung beziehungsweise so genannte Öffentlich-Private Partnerschaften.

Quelle: attac



Unmut über soziale Ungerechtigkeit wächst

Wachsende Ungerechtigkeit und soziale Ungleichheit – für viele Alltag, für die Bundesregierung nicht weiter erwähnenswert. Das hat der geschönte Armuts- und Reichtums Bericht nun gezeigt. Doch immer mehr Menschen erteilen einer Politik der sozialen Kälte eine Absage. Die Bundesregierung manipuliert den eigenen Armuts- und Reichtums Bericht und damit die soziale Realität in Deutschland. Sie will von

wachsender Ungleichheit und Ungerechtigkeit ablenken, um ihre eigene Bilanz umso glanzvoller darzustellen – und in Europa ihre Politik der sozialen Kälte durchsetzen. „Armut heute“ als notwendige Bedingung für ein „wettbewerbsfähiges Europa“ und damit „Wohlstand von morgen“? Doch die Wirklichkeit ist nicht zu fälschen. In Wahrheit wird umverteilt zugunsten der Arbeitgeber und Wohlhabenden. Selbst eine von Arbeitgebern finanzierte Studie kommt zum

Ergebnis, dass 69 Prozent der Deutschen meinen, es gehe nicht gerecht zu in Deutschland. Rund 90 Prozent verstehen unter sozial gerecht, dass jeder von seiner Arbeit leben kann und Kinder gleiche Chancen auf gute Schulbildung haben. Aber 64 Prozent sehen die Politik als Motor wachsender Ungleichheit. Nicht nur in Europas Krisenstaaten treibt sie Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen. Der Unmut über soziale Ungerechtigkeit wächst – nicht nur in Deutschland.

Quelle: DGB klartext 9/2013

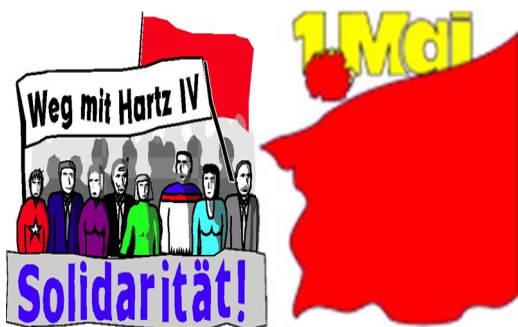


V.i.s.d.P. :
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisia.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de

www.montagsdemo-rheinfelden.de



Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im Nelli Nashorn in Lörrach, Tumringer Str. 248 um 20:00 Uhr
- **1. Mai** - Veranstaltung in Rheinfelden auf dem Kastanienplatz. Presseinformationen beachten.



Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !

Rheinfelder Montagsdemo aktuell



Am 11. März gedachten die Montagsdemonstranten bundesweit der Atomkatastrophe in Fukushima, die sich zum zweiten Mal jährte. Auch in Rheinfelden war die Forderung nach sofortiger Stilllegung aller Atomanlagen deutlich platziert. Hier gilt es noch, viel mehr Druck zu erzeugen.



Druck, vor allem auch aus den Betrieben. In verschiedenen stromintensiven Betrieben versucht man, die Beschäftigten vor den Karren staatlicher Subventionen zu spannen. Sie sollen Seite an Seite mit den Konzernleistungen für die Rückerstat-



terger steigen und steigen und..... . Energieeinsparung ist für die Großverbraucher dabei eigentlich eher hinderlich, um die Rückerstattung nicht zu gefährden. Die Rheinfelder Montagsdemo unterstützt den Ostermarsch in Müllheim seit Jahren und mobilisiert auch zur Teilnahme. Es ist gut, dass im Aufruf zum Ostermarsch auch als gelebte deutsch-französische Freundschaft die Forderung nach Stilllegung des AKW Fessenheim gefordert wird. Wir hoffen, dass der letztjährige Versuch, den Oster-



zu kriminalisieren, dieses Jahr ausbleibt, nachdem der Widerstand gegen diese staatliche Willkür vor Gericht erfolgreich war. Wir Rheinfelder beginnen schon jetzt, uns den Aktivitäten zum diesjährigen Menschenstrom mit Umweltcamp in Kaiseraugst (http://www.niewiederakw.ch/index.php?lg=1&sec_id=58) zu zuwenden. Hallo Newsletter- Leser. Gebt uns mal ein Feedback. Seid ihr mit dabei?

zu zuwenden.

Hallo Newsletter- Leser. Gebt uns mal ein Feedback. Seid ihr mit dabei?

zu zuwenden.

Hallo Newsletter- Leser. Gebt uns mal ein Feedback. Seid ihr mit dabei?

